

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 15 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 2,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23 605 „Sozialistischer Verlag z. S. v. d. B.“, Breslau. Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 2837.

Dienstag, 15. Februar 1921

Anzeigengröße: Die 8 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,60 Mk., auswärts 0,70 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gepaltene oder deren Raum im Text 1.- Mk.

Der Vorstoß der Eisenbahnverwaltung gegen den Achtstundentag!

Zwölfstundentag der Streckenwärter.

Das Reichskabinett hat bekanntlich vor einiger Zeit einen Erlass herausgegeben, der bestimmt, daß die Erledigung des Dienstpensums auch über den Rahmen der vorgeschriebenen Dienststunden hinaus stattfinden müsse. (Wir bringen den Erlass heute an anderer Stelle.) Der Sinn dieses Erlasses ist die Durchbrechung des Achtstundentages. In dem Felde gegen den Achtstundentag hat nun die Eisenbahnverwaltung die Offensive ergriffen. Ganz systematisch arbeitet die Eisenbahnverwaltung darauf hin, die Arbeitszeit über acht Stunden hinaus zu verlängern.

Wie weit die Dinge gediehen sind, geht hervor aus der Zuschrift eines unserer Parteigenossen aus Schwiebus. In der Zuschrift heißt es:

„Gestern erfuhr ich gelegentlich einer Versammlung in hiesiger Gegend, daß durch eine Verfügung des Eisenbahnministeriums bei der Eisenbahn der Achtstundentag aufgehoben sei. Ich setzte mich sofort mit den Eisenbahnern in Verbindung. Die Streckenwärter befragten mich, daß sie schon gestern erst nach zwölfstündiger Arbeitszeit abgelöst worden sind. Nach näheren Erkundigungen erhielten sie die Antwort, daß die tägliche Arbeitszeit von acht auf zwölf Stunden erhöht worden sei, weil ihr Dienst zu leicht sei. Der Lohn bleibt der gleiche wie beim Achtstundentag. Da mir diese Nachricht ungeheuerlich vorkam, ging ich zum Betriebsrat. Dieser befragte mich weiter, daß auf der Strecke Neppen-Stenisch der Zwölfstundentag eingeführt sei. Der Betriebsrat hat sich sofort an den Hauptbetriebsrat und an die Gewerkschaft gewandt, aber noch keine Antwort erhalten. Die Erregung ist sehr groß.“

Die Absicht der Eisenbahnverwaltung wird weiter bestätigt durch folgendes Rundschreiben, das allgemein den Neunstundentag vorbereiten will. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

Reichsverkehrsminister Berlin B. 66, 21. 1. 21.
E VI 61 Nr. 152 21 Wilhelmstraße 79.
An Abteil. E I—E VIII
Abteil. Nr. IV (je besonders).

Der Herr Minister möchte möglichst bald Material darüber haben, welche Einwirkung eine Verlängerung der Arbeits- und Dienstzeit der Beamten und Arbeiter um eine Stunde, insbesondere in finanzieller Beziehung, und hier wieder vor allem hinsichtlich sachlicher Ersparnisse haben würde.

Eine Erörterung der Frage soll am 28. d. Mts. vormittags im großen Sitzungssaale stattfinden.

Sofort! J. B.: Stieber.

Die Eisenbahnverwaltung belätigt sich hier als Stoßtrupp, der für die Privatindustrie den Achtstundentag durchbrechen und eine allgemeine Erhöhung der Arbeitszeit durchführen soll. Der Versuch der Eisenbahnverwaltung, den Achtstundentag zu durchbrechen, ist von so ungeheurer Bedeutung für die gesamten Eisenbahner wie für die übrige Arbeiterschaft, daß sie sofort den schärfsten Kampf dagegen aufnehmen muß. Es handelt sich um nichts weniger als um die Durchbruchschlacht für gesteigerte Ausbeutung der gesamten Arbeiterschaft zum Besten des deutschen und des österrückkapitals.

Vor einem Straßenbahnerstreik in Rheinland-Westfalen.

Essen, 13. Februar. In Dortmund hat eine Vertreterversammlung der rheinisch-westfälischen Straßenbahner beschlossen, eine Urabstimmung über den Streik herbeizuführen. Zu Essen stimmten von 1827 Stimmen 1755 für und 72 gegen den Streik. Auch in Düsseldorf ergab sich eine Mehrheit für den Streik. Es ist nur geringe Hoffnung auf eine Einigung vorhanden. Die Gewerkschaftsorganisationen werden die energigsten Entschlüsse treffen.

Wassensunde in Hamburg.

Der „Vorwärts“ meldet: Hamburg, 11. Februar. Es ist der Hamburger Polizei gelungen, in Hamburg in einem Privathause eine Anzahl Wasserwaffen und große Mengen von Munitionsgewehr- und Gewehrmunition zu finden und zu beschlagnahmen. Die

Es gilt für die Eisenbahner und für die gesamte Arbeiterschaft, den Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Verzug aufzunehmen.

Dem Vorstoß der Eisenbahnverwaltung muß die geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Die unabhängigen und mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsführer haben bisher noch keine Zeit gefunden, sich zu diesem Angriff auf die gesamte Arbeiterschaft zu äußern. Sie haben Wichtigeres zu tun. Sie haben alle Hände voll, um die Kommunisten, die zu einheitlicher, proletarischer Aktion gegen die Vorstöße des Kapitals aufrufen, aus den Verbänden hinauszuerufen.

Die gesamte Arbeiterschaft, die Eisenbahner voran, müssen die Regierung und die Gewerkschaftsbürokratie zwingen, offen Rede zu stehen, und sie, die Arbeiter selbst, müssen geschlossen handeln!

Erregung unter den Eisenbahnern.

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ melden: Berlin, 12. Februar. In den Kreisen der Beamten, vor allem der Eisenbahnbeamten, macht sich gegen den Erlass des Reichskabinetts über die Erledigung des Dienstpensums auch über den Rahmen der vorgeschriebenen Dienststunden hinaus eine Erregung bemerkbar, die möglicherweise neue Schwereigkeiten bringen kann. In Eisenbahnerkreisen ist man der Ansicht, daß die Verpflichtung, die vorliegenden Arbeiten auch über das festgesetzte Maß hinaus zu erledigen, einen langsamen Abbau des Achtstundentages bedeute. Die Organisationen haben zwar offiziell mit dem Reichsverkehrsminister über diese Frage noch nicht verhandelt, glauben aber aus einer unverbundenlichen Unterredung mit dem zuständigen Dezernenten entnommen zu haben, daß man im Reichsverkehrsministerium diesem erörterten Problem der freiwilligen Ueberbürdungen sympathisch gegenüberstehe. Wie wir hören, dürfte in nächster Zeit eine Konferenz von Vertretern der großen Organisationen aus dem Reich in Berlin zusammenzutreten, um gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit für die Beamten, die auch nach Ansicht der Eisenbahnerverbände mit einer Einschränkung des Personals verbunden wäre, Protest zu erheben.

Wir wissen nicht, ob es nur Wünsche des „Generalanzeigers“ sind, wenn er meldet, daß die Gewerkschaftsführer der Eisenbahner lediglich zur Protesterhebung zu einer Konferenz zusammentreten wollen. Würde es Tatsache sein, wäre das der Anfang zum Verrat der Eisenbahnbeamten und -arbeiter durch die rechtssozialistischen, christlichen und demokratischen Gewerkschaftsführer.

Auf alle Fälle müssen die Eisenbahner auf dem Poken sein und sofort auf den Plan treten. Es darf jetzt nichts anderes geben, als ultimativ von der Regierung die Beibehaltung des Achtstundentages, die Aufgabe aller Anschläge auf den Achtstundentag zu fordern. In diesem Sinne müssen die Eisenbahner selbst sofort in Versammlungen zur Lage Stellung nehmen, die Kampffront gegen die Anschläge Gröners herstellen und den Gewerkschaftsführern ihren Willen in Entschlüssen deutlich kundgeben.

Waffen und Munition wurden von auswärts nach Hamburg gebracht und sollten von hier aus nach einem holländischen Ort gebracht und dort verborgen werden, um sie einer Sicherungsorganisation zu sichern. Die Polizei hat alle an dem verbotenen Waffenbesitz und Transport beteiligten Personen festgesetzt. Sie sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Der „Vorwärts“ sollte nicht so vertrauensselig in bezug auf die Bestrafung der Orgeschbanditen durch die bürgerliche Justiz sein. Es wird ihm dabei bestimmt so gehen wie feiner Kollegia in Waldenburg, der „Schlesischen Bergwacht“, er wird sich klammern.

Kein drahtloser Verkehr mit England.

Wien, 10. Februar. („Posta Wien.“) Die von russischer Seite angebotene Aufnahme des drahtlosen Verkehrs mit den russischen Stationen ist von der deutschen Regierung abgelehnt worden.

Der Entwaffnungsschwindel.

Der „Täglichen Rundschau“ wird aus München telegraphiert:

Die Note der bayerischen Regierung ist erst am Freitag abend nach Berlin abgegangen. Sie ist durchaus ruhig und sachlich gehalten und legt noch einmal die Gründe dar, die die bayerische Regierung veranlassen, auf jenem Standpunkt zu verharren, den Herr von Kahr in Berlin darlegte. Der Kaiser, der der Reichsregierung die letzte Verantwortung in der Entwaffnungsfrage zuschiebt ist wohl in dem Sinne aufzufassen, daß die Reichsregierung auch für alle Maßnahmen, die sie in der Entwaffnungsfrage treffen sollte, die Verantwortung für die Durchführung übernommen hat.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet weiter:

Der Beschluß, die Antwortnote der bayerischen Staatsregierung nicht im Wortlaut zu veröffentlichen, sondern der Öffentlichkeit nur in einer Umschreibung bekanntzugeben, ist nach Ueberlegung der Note durch den bayerischen Gesandten zwischen dem Kaiser und dem Münchener Kabinett vereinbart worden. Die Gründe dafür sind, wie schon gemeldet, außenpolitischer Natur. Die Bedenken der Reichsregierung beziehen sich in der Hauptsache auf eine Wendung, von deren Veröffentlichung man gewisse wirtschaftlich-politische Auswirkungen befürchtete.

Und aus dem Berliner „Lokalanzeiger“ fügen wir über die künftige „Entwaffnung“ hinzu:

Wie wir erfahren, soll kein neues Entwaffnungsgesetz eingebracht werden. Man beschäftigt, das bestehende Entwaffnungsgesetz bis zum Juni verlängern zu lassen. Bis dahin muß auf Grund des Spaar-Abkommens die Entwaffnung durchgeführt sein. Eine Novelle soll nur eingebracht werden über den Abbau der Selbstschußorganisationen und der Einwohnervorwehren. Dieses Gesetz soll eine grundsätzliche Regelung bringen, die sich streng an die entsprechenden Paragraphen des Friedensvertrages halten soll. Jeweils finden Verhandlungen zwischen den maßgebenden Stellen statt. Es besteht Ehrfurcht in die Notwendigkeit, bei der Entente für den Osten einen einigermaßen festen Beschluß durchzusetzen. Dafür wäre vor allem erforderlich, daß man von der Entente mehr Geschenke belassen werden, als die letzte Note vorliest.

Damit ist das Programm des neuen Entwaffnungsschwindels aufgestellt. Die erste Entwaffnungskomödie hat in Preußen, Sachsen usw. dazu geführt, daß an Stelle der legalen Organisation und Bewaffnung die illegale getreten ist. Genau dasselbe wird das Ergebnis der geplanten „Entwaffnung“ in Bayern sein.

Das ganze ist ein neues Täuschungsmanöver nach innen und nach außen. In Deutschland soll dem Proletariat eine Entwaffnung aller Bürger vorgeschwindelt werden. Der Entente will man den „guten Willen“ zeigen und hofft dafür einige Geschenke mehr für die Ostgrenze gegen Rußland bewilligt zu bekommen.

Die Landtagsfraktion und Parteileitung der bayerischen U.S.P. haben einen Aufruf gegen die Regierung Kahr erlassen, in dem sie mit außerparlamentarischen Mitteln drohen. Sie fordern Beantwortung ihrer Interpellation über die Verhandlungen zwischen der bayerischen und Reichsregierung.

Diese Forderung zum A und O eines Kampfes gegen die Orgesch zu machen ist ganz — unabhängig. Aber da die Orgesch als die größte Gefahr des Proletariats bezeichnet wird, gegen die das ganze deutsche Proletariat Stellung nehmen müsse, nehmen wir die U.S.P. kein Wort und werden als erste dabei sein, wenn es gilt, eine einheitliche, geschlossene Front des Proletariats zum Kampf um eine wirkliche Entwaffnung der Orgesch und Bewaffnung des Proletariats zum Schutz gegen alle weiteren Anschläge der Gegenrevolutionäre.

Also auf, Genossen von der U.S.P., formiert mit uns die Einheitsfront der Arbeitermassen zum Kampf gegen die Orgeschregierungen in München und Berlin, für die Entwaffnung der Orgesch durch das Proletariat und die Bewaffnung der Arbeiter, Beamten und Angehörigen.

Neue Anschläge der italienischen Unternehmer.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Rom, 10. Februar. Aus Turin wird gemeldet: Zahlreiche Fabriken kündigen Arbeiterentlassungen, Betriebs Einschränkungen, Betriebseinstellungen an, die nichts anderes als die Herabsetzung der Löhne bezwecken. Das Turiner Proletariat befaßt sich eingehend mit den Vorbereitungen der Arbeitgeber zur neuen Offensive und bespricht die Maßnahmen, die zur Verhinderung der beschlossenen Entlassungen geeignet sind. Die Arbeiterschaft der Fiatwerke bildet eine Kontrollkommission für Entlassungen, die in jedem Falle die Berechtigung der Entlassung feststellen soll. Nur wenn die Kommission die Berechtigung der Entlassung anerkennt, wird sie als rechtmäßig betrachtet werden.

Der Staatskommissar für die öffentliche (d. h. kapitalistische) Ordnung, Weiskmann sieht sich auch veranlaßt, mitzutheilen, daß „wahrlich radikale Pläne für die gewaltsame Einnahme der Diktatur des Proletariats“ beständen, „daß aber mit einer Ausführung dieser Pläne in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann.“ Als Gründe dafür führt er außer Geldnot, Streit zwischen R.A.P.D. und U.R.P.D. usw., alles Dinge, deren Ausführung in diesem Zusammenhang ein Zeichen seiner politischen Naivität oder Gerissenheit ist, auch das Bestehen an, daß „es den Inkredulitäten zur Durchführung ihrer Absichten an hinreichender Bewaffnung fehlt.“ Darüber hinaus weiß Herr Weiskmann, daß es dem Proletariat überhaupt an Waffen fehlt. Trotzdem findet in diesen Tagen in Kassel ein Prozeß gegen Kommunisten als Führer einer phantasierten roten Armee statt, weil die Kommunisten allein es sind, die u. a. das Proletariat zur einheitlichen Kampffront gegen die Orgesch, für die Bewaffnung der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufrufen.

Dishmann und der Dolch des Kommunisten.

Rein Herz ist heiß, ein Dolch, er würde schmelzen, wenn ich ihn jetzt in meinen Busen steck.
Robert Hammer

Im Schumanntheater in Frankfurt a. M. eröffnete dieser Tage die U.S.P.D. den Wahlkampf mit der Vorführung des Preisringkämpfers Dishmann, des Champions Süddeutschlands. Die Agitation ließ nichts zu wünschen übrig. Unzählige Plakate, Handzettel, Inserate, Flugblätter usw. hatten das Auftreten des berühmten Mannes angekündigt. Aber der unabhängige Star zieht nicht mehr. Die U.S.P.D. füllte den Saal nur zum fünften Teil, und der größte Teil der Erschienenen war nicht erschienen, um Robert zu bewundern, sondern um mit ihm abzurechnen.

Robert Dishmann produzierte sich mit dem Thema: „Partei und Gewerkschaften im Kampf um die Sozialisierung.“ Ob er aus einer Papierdüte seine Sozialisierungsblüten hervorzauberte, wissen wir nicht, jedenfalls war aber sein ganzes Referat ein papierner Blumenstrauch reformistischer Phrasen, durchflochten mit Trauerkränzen, der Orgesch und der Bürokratie gewidmet. Kein Wort über die Kampfmittel des Proletariats, um das zu erringen, was der Preisfechter Dishmann selbst forderte.

Nach eineinhalbstündiger Produktion, selbst für einen Otto Reuter etwas zu lang, gab der Champion seinen Willen kund, Segenredner nicht zuzulassen. Die ausdrücklich versprochene Diskussion sollte sabotiert werden. Der Preisringler wollte sich keinem Gegner stellen. Der Versammlung, die den Vorführungen Dishmanns mit starkem Unwillen gefolgt war, bemächtigte sich eine große Erregung. Faule Eier waren nicht vorhanden, so forderten lebhaft Zurufe das Ende des ermüdenden Referats und die Einleitung einer geordneten Diskussion. — Wann muß Robert Dishmann lernen, um sich vorzustellen, mit welcher souveränen Erhabenheit er sich über den Willen der Versammlung hinwegsetzt. Jeder soll ein König oder noch mehr, jeder soll ein Gewerkschaftspapst. Um ihm den Glauben an seine gottgewollte Unfehlbarkeit auszutreiben, stimmten die Versammelten schließlich die Internationale an. Dishmann schlug hönisch den Takt dazu: „Oderint dum metuant, Sie mögen mich hassen, wenn sie mich nur fürchten“, sagte Kaiser Caligula, das Stiefelchen.

In zäsurischem Nachbetrachten erklärte dem auch Imperator Robert höchstpersönlich die Versammlung für geschlossen. Die Versuche unserer Genossen, eine Aussprache zu erzwingen, wurden von der unabhängigen Prätorianergarde abgelehnt, die Caligula Dishmann um sich geschart hatte. Die erregten Szenen, die sich nun abspielten, fallen einzig und allein den Versammlungsleitern zur Last, die die Diskussion abwürgen wollten. Bei geregelter Diskussion hätte die Versammlung auch einen geordneten Verlauf genommen. Aber Dishmanns Entthronung durch die Frankfurter Arbeiter sollte um jeden Preis vermieden werden. Die Entthronung Caligulas hat dennoch stattgefunden, und jetzt zieht sich die „Freiheit“ dadurch aus der Berlegenheit und Verlogenheit, daß sie sogar davon fabelt, ein Kommunist hätte Dishmann mit einem langen gezückten Dolch von hinten bedroht.

Das unabhängige Frankfurter „Volkrecht“ hysterisiert sogar von Nordbuben und Mordeltern. Wie wir hören, hat ein Frankfurter Wachfigurenbauer die furchtbare Mordgeschichte bereits formen lassen. Sie soll nächsten im Schumanntheater aufgeführt werden. Der leidenschaftliche Dolch, der sich in Dishmanns Herz bohrte und dort in dessen heißer Proletariatsliebe schmelzen sollte, ist schon käuflich erworben. Wenn die „Freiheit“ mit der Mordgeschichte auf den Jahrmärkten herumzischen will, bieten wir uns an, ihr das Gedicht dazu zu liefern:

Deute, seht und hört,
Wie man sich verschwört.
Dishmann, diesen braven Jungen,
Hät' man beinahe umgebracht.
Schon der Dolch geblüht,
Gott hat ihn beschützt.

Daß der Nord- und Dolchschwindel der „Freiheit“ nur Bahnmache der Unabhängigen ist, geht auch aus folgender Schritt unseres Genossen Hedert hervor:
„In der „Freiheit“ steht eine lange Nordverurteilung aus Frankfurt am Main. Mit Messern, Schlegeln, Stinbombern, Feuerwerkstörpern und ähnlichen Mitteln wollen sie (die Kommunisten) unter der Führung von Fritz Orsch und Fritz Hedert, der circa aus Berlin herbeigezogen war“, um Dishmann umzubringen. Ich stelle fest, daß ich an dem betreffenden Tag gar nicht in Frankfurt war, sondern in Karlsruhe. Die Dishmannverurteilung dieser Nordschwindel als Wahnsinn für ihre laienhaften Stellen, und bei der politischen Sauberkeit der Dishmannverurteilung ist solches Mittel nicht verwunderlich. Daß die Dishmannverurteilung in Verbindung mit dieser Angelegenheit stehen, um den Gewerkschaftler des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu zerschlagen.“

Ein peinlicher Beweisanzug.

(WZB.) meidet:
Essen, 11. Februar. In der heutigen Verhandlung des sogenannten Wasserturnprozesses wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Verteidiger Dr. Berg stellte den Antrag, den General von Watter vom Wehrkreiskommando Münster und den Major Wulf von der grünen Sicherheitspolizei in Essen als Zeugen zu laden zum Beweise dafür, daß beide auf Seiten der Rappreueung gestanden hätten, also im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die verfassungsmäßige Regierung mit Waffengewalt angegriffen wurde und die Arbeiter nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt hätten, die verfassungsmäßige Regierung sogar mit Waffengewalt zu schützen. Ueber den Antrag wird morgen entschieden.

Die S.P.D. Hand in Hand mit der antibolschewistischen Liga!

(U.) Cottbus, 12. Februar. Die Protestkundgebung gegen die Pariser Beschlüsse, die von der „Liga zum Schutz der deutschen Kultur“ in Verbindung mit den politischen Parteien bis einschließlich der S.P.D. einberufen war, hatte einen Besuch von etwa 4000 Personen angezogen. Besonders vertreten war die Arbeiterschaft, die sich einmütig und geschlossen auf den Boden der von der Liga eingebrachten Resolution stellte und damit ihren festen Willen kundtat, einmütig mit der ganzen übrigen Bevölkerung die Regierung in der Ablehnung der Pariser Forderungen zu unterstützen. Die S.P.D. Hand in Hand mit der antibolschewistischen Liga. Dieser geht es nicht mehr!

Genossen und Genossinnen!

Am Mittwoch, den 16. Februar, erscheint unser Parteiblatt, die

„Schlesische Arbeiter-Zeitung“ als Propagandanummer.

Die Auflage dieser Nummer wird eine Massenaufgabe, ihr Umfang stärker als gewöhnlich sein.

Genossen! Wir machen es jedem Parteimitglied zur Pflicht, von dieser Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ mindestens 5 Stück an unserer Bewegung noch fernstehende Arbeiter zu verkaufen. Gleichzeitig sind dabei neue Abonnenten zu werben. Die Zeitung ist eine der wichtigsten Waffen zur Revolutionierung des Proletariats. Darum auf. Jeder tue seine Pflicht!
Die Bezirksverbandsleitung.

Severing hebt das Verbot des Jungdeutschen Ordens auf.

(U.) Kassel, 12. Februar. Vom Oberpräsidium wird eine Mitteilung ausgegeben, in der es heißt, daß der Oberpräsident mit Zustimmung des Innenministers das Verbot gegen den „Jungdeutschen Orden“ aufgehoben hat. Der Jungdeutsche Orden ist bekanntermaßen ein Glied der Orgeschorganisationen.

Ausland. Eisenbahnerstreik in Polen.

Die Zerrüttung des Wirtschaftslebens in Polen, die planmäßige Sabotage der polnischen Unternehmer, die alles ins Ausland verdrängen, läßt in Polen einen Streik nach dem andern folgen. Die polnische Gewerkschaftsbürokratie, deren Taktik bisher im Hinausschieben jeder Entscheidung bestand, verfährt gegenwärtig.

Ueber die Bewegung unter den Eisenbahnern liegen zunächst zwei Meldungen vor. Die eine des „Ostpreß“, die von der P.P.S. zu stammen scheint, die andere unseres Berichterstatters aus Warschau.

(D.E.) Warschau, 11. Februar. Die Gefahr eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks in Polen ist noch nicht behoben. Von einer radikalen Eisenbahnerorganisation war für den 8. Februar der Eisenbahnerstreik proklamiert worden. Sämtliche andere Eisenbahnerorganisationen und eine Konferenz der Eisenbahnergewerkschaften, die am 7. Februar zusammengetreten war, um über die neuen Lohnforderungen zu beschließen, erklärte sich zwar gegen den Streik im gegenwärtigen Augenblick; dennoch ist es am 9. Februar zu wilden Lokstreiks gekommen. Die Regierung hat die Entlassung der unabhängigen verfährt und gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen zur Hebung der Lage der Eisenbahner in Aussicht gestellt. Die Lage bleibt äußerst ernst, da die Eisenbahnerkonferenz ihre weitgehenden Forderungen, darunter die Forderung der Auszahlung der Gehälter für die Zeit des vorigen Streiks und die Wiedereinstellung der aus Auflosung des Streiks entlassenen Eisenbahner, der Regierung in Form eines Ultimatums überreicht hat, das auf den 7. März befristet ist und die Aufhebung des allgemeinen Eisenbahnerstreiks enthält.

(Privattelegramm des „Schlesischen Arb.-Btg.“)
Warschau, 11. Februar. Der Eisenbahnerstreik in Ostpreußen gewinnt an Ausdehnung. In Warschau, Lodz und Danzig ist der Streik proklamiert worden. Unter der Führung der P.P.S. sind die Gewerkschaften mit Forderungen an die Regierung heranzetretet. Entscheidung noch unklar.

Regierung gegen die streikenden Eisenbahner.

(U.) Warschau, 12. Februar. Wegen des Streiks in den Eisenbahnwerkstätten wurden gestern die zur Reparatur von Lokomotiven notwendigen Arbeiter unter Polizeierzorte zwangsweise nach den Eisenbahndepots geführt. Eine Anzahl der Arbeiter, die sich weigerten, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurden verhaftet.

Noch kein Friede Polens mit Rußland, aber Beschleunigung der Verhandlungen.

Die auch von uns gebrachte Meldung über Friedensschluß zwischen Polen und Rußland bewahrheitet sich nicht. In den Verhandlungen wird der „Wostokischen Zeitung“ aus Warschau gemeldet:

Warschau, 12. Februar. Entgegen den bisherigen Erklärungen, daß die heute angetretene Reise des polnischen Finanzministers Stecowski nach Riga lediglich den Zweck habe, bei den dortigen Friedensverhandlungen mit Polen an der Lösung der Finanzfragen teilzunehmen, erfahre ich, daß Stecowski Reise viel weitergehende Zwecke verfolgt. Der Minister ist von der polnischen Regierung mit ausgedehnten Vollmachten ausgestattet, um unter allen Umständen den polnisch-russischen Frieden unter Dach zu bringen, und zwar derart, daß der Friedensvertrag unbedingt noch vor der obereschleßischen Abstimmung unterzeichnet wird. Man will hier wissen, daß während des Pariser Aufenthaltes Pilsudskis dieser beschleunigte Friedensschluß vereinbart wurde, und daß der Außenminister Sapieha Ende Erklärungen auch in London abgeben werde.

(WZB.) Moskau, 11. Hier wird nachstehende Mitteilung veröffentlicht: Der Vorsitzende der polnischen Friedensdelegation, Dombiski, erklärte, daß die Friedensverhandlungen in Riga ziemlich weit vorgeschritten sind. Man darf eine baldige Beendigung erhoffen. Die Fragen, über die die größten Meinungsverschiedenheiten herrschten, betrafen die gegenseitigen militärischen Bürgschaften und die Rückzahlung des Eigentums, das während des Krieges von Rußland aus Polen weggeführt wurde. Diese Fragen nähern sich ihrer Regelung. Dombiski nimmt an, daß die Verhandlungen Mitte Februar beendet sein werden.

Zum Code Krapotkins.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Btg.“)
Wien, 9. Februar. Ein aus Moskau an alle revolutionären Arbeiter, anarchistische und syndikalistische Gruppen gerichteter Radio der anarchistischen Gruppen Rußlands gibt Nachricht vom Tod Krapotkins, des unermüdeten Kämpfers für den Sieg aller Unterdrückten. Der Todestag soll zum Tag internationaler Trauer und revolutionären Protestes aller vom Kapital und Despotie Unterjochten werden.

Bevorstehender Eisenbahnerstreik in England.

(WZB.) London, 10. Februar. Wie die Blätter melden, droht in der nächsten Woche ein Streik der Eisenbahner auszubrechen. Einige Mitglieder des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer waren kürzlich bei der Schießerei in Mallon (Irland) ums Leben gekommen, und der Vollzugsausschuß fordert jetzt von der Regierung eine Untersuchung der Angelegenheit. Der Ausschuß droht, daß alle Mitglieder des Verbandes in den Ausstand treten werden, wenn die Untersuchung nicht stattfindet. Der Generalsekretär des Verbandes erklärte, die Lage sei sehr ernst.

Norwegens größte Gewerkschaft für Moskau.

Christiania, 9. Februar. Die Gewerkschaft der Stein-, Erd- und Zementarbeiter in Christiania, Norwegens größte Gewerkschaft, hielt gestern eine wohlbesuchte Versammlung ab, in der folgende Resolution angenommen wurde:
„Die Gewerkschaft der Stein-, Erd- und Zementarbeiter in Christiania, die sich am 3. Februar 1921 zu einer Versammlung zusammengefunden hat, erklärt, daß sie sich an die Moskauer Theisen angeschlossen hat.“

Die Weißgardistengrenel in Amerika.

Washington, 8. Februar. Die Bergarbeiterunion wandte sich an die Regierung mit der Bitte, reguläre Bundesstruppen, statt der lokalen Miliz (Einsatzwachern) in die Streikbereiche zu entsenden; die Regierung macht aber ihre Stellungnahme von den lokalen Behörden abhängig. In Jasper ist der Bergarbeiter William Baird von der Miliz getötet worden. 11 Mitglieder der Milizwehr sind wegen Teilnahme an seiner Ermordung verhaftet worden.
Das in Indianapolis erscheinende Fachorgan der Bergarbeiter weiß nach, daß die Bergwerkbefitzer als die eigentlichen Anstifter zu betrachten sind. Es sind eine ganze Anzahl Bergarbeiter, darunter auch Frauen und Kinder von den gedungenen Milizwehren ermordet worden.

Internationales.

Die „Unitarist“ in Italien gehen zu den Kommunisten über.

Triest, 10. Februar. Aus Grabs wird gemeldet: Die sozialistische Parteifraktion in Grabs, die sich nach dem Parteitag an die militärischen Kommunisten (Genetisten) angeschlossen hat, beschloß, diesen Anschluss rückgängig zu machen und in die kommunistische Partei Italiens überzutreten.
Triest, 10. Februar. Aus Udine wird gemeldet: Die sozialistische Parteifraktion in Udine wird auf Wunsch der Udiner Arbeiter beschloß, diesen Anschluss rückgängig zu machen und in die kommunistische Partei Italiens überzutreten.

